

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Brigitte Hayn (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur

Trägerschaft von Orchestern und anderen Institutionen des musikalischen Lebens in Rheinland-Pfalz

Die **Kleine Anfrage 2253** vom 24. Juni 2009 hat folgenden Wortlaut:

Das Landesjugendorchester, der Landesjugendchor, das Landesjugendjazzorchester und der Landeswettbewerb „Jugend musiziert“ stehen in Trägerschaft des Landes. In anderen Bundesländern sind entsprechende Orchester und Chöre und der Wettbewerb „Jugend musiziert“ dem jeweiligen Landesmusikrat zugeordnet.

Ich frage die Landesregierung:

1. Aus welchem Grund besteht in Rheinland-Pfalz im Gegensatz zu anderen Bundesländern die o. a. Zuordnung?
2. Sieht die Landesregierung eine Möglichkeit, diese Zuordnung zugunsten des Landesmusikrates zu ändern und wenn nein, warum nicht?

Das **Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 14. Juli 2009 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die Trägerschaft des Landes für die genannten Jugendensembles und den Wettbewerb „Jugend musiziert“ ist historisch gewachsen und hat sich bewährt. Die national wie international erstklassige Reputation dieser Ensembles und das immer wieder erfolgreiche Abschneiden rheinland-pfälzischer „Jugend musiziert“-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer auf Bundesebene belegen die hohe Qualität.

Zu Frage 2:

Die Landesregierung sieht die Möglichkeit, derzeit aber nicht die Notwendigkeit, eine Struktur zu ändern, die sich in hohem Maße bewährt hat – zumal mit der im Jahr 2005 eingeführten Dachmarke „Junge Musik Rheinland-Pfalz“ der Grundstein für eine enge Kooperation der vom Land Rheinland-Pfalz und vom Landesmusikrat Rheinland-Pfalz e. V. geförderten Jugendensembles gelegt worden ist. Aus Sicht der Landesregierung ist nicht erkennbar, dass mit einem Wechsel der Trägerstruktur eine Qualitätssteigerung der Ensembles bzw. der Wettbewerbsteilnehmerinnen und -teilnehmer, eine Reduzierung des Verwaltungsaufwands und eine Einsparung von Landesmitteln verbunden wären.

Doris Ahnen
Staatsministerin